



NIEDERSCHRIFT

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 11.09.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Raum, Ort:	Mehrgenerationenhaus des Zentrums für kirchliche Dienste, Am Margarethenhof 41, 24768 Rendsburg

Vorsitz

Nielsen , Beate

reguläre Mitglieder

Wulf , Lennart
Dreja , Kerstin
Harders , Martin
Schlömer , Christian
Harms , Steffi
Traulsen Dr., Jan
Link , Stefan
Weber , Thorsten
Wegener , Monika
Wendt-Köhler , Joachim

beratende Mitglieder

Plath , Volker
Frühling , Frank

stellvertretende Mitglieder

Schildbach , Norbert	Vertretung für Herrn Strath- mann
Krieger-Bratke , Daniel	Vertretung für Frau Anna Krieger- Bratke
Ashmann , Hannah	Vertretung für Frau Stawicki

beratende Mitglieder lt. Satzung Jugendamt

Schröder , Ulrike
Wieczorek , Andrea

stellvertretende beratende Mitglieder

Heinrichs , Anissa	Vertretung für Herrn Hösel-
--------------------	-----------------------------

Verwaltung

Mönke , Christina

Voerste , Thomas

Krause , Heike

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 26.06.2019
3. Bericht der Verwaltung
4. Bericht über die Umsetzung von Beschlüssen VO/2019/039
5. Budgetbericht FB 3 VO/2019/052
6. Projektauftrag Bildungsmanagement/Bildungsmonitoring VO/2019/053
7. Kita-Reform 2020 - Umsetzungserfordernisse VO/2019/055
8. Straßensozialarbeit im Wirtschaftsraum Rendsburg (Streetwork-Projekt) VO/2019/056
9. Zusätzlicher Personalaufwand in Folge der Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren ab 01.01.2020 VO/2019/059
10. Steuerungsrelevante Handlungsfelder im Jugend- und Sozialdienst - Strategische Planung als Konsequenz der Organisationsuntersuchung VO/2019/061
11. Änderungen im Kindertagesstättenbedarfsplan VO/2019/046
12. Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Frau Nielsen bedankte sich bei den Mitarbeitenden des Mehrgenerationenhauses für die Führung durch die Einrichtung und die Vorbereitung der Sitzung. Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17.00 Uhr und stellte fest, dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung wurden nicht erhoben. Der Ausschuss beschloss nach oben stehender Tagesordnung zu verfahren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 26.06.2019

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

zu 3 Bericht der Verwaltung

Herr Voerste informierte darüber, dass die Stelle der FDL 3.3, JSD durch Herrn Reichentrog besetzt werden konnte, er nimmt am 15.10.19 seine Tätigkeit auf. Die FDL 3.2, Teilhabe junger Menschen, Vollzeitpflege, Tagesgruppen übernimmt Frau Reiter. Die FGL Eingliederung konnte noch nicht besetzt werden.

Im Rahmen des Bundesmodellprojekts "Qualitätsentwicklung Frühe Hilfen" fand am 02./03.09. ein Workshop mit Teilnehmenden aus 4 Kommunen aus dem Bundesgebiet und den Netzwerkpartnern des Kreises in Rendsburg statt. Aus diesem Treffen konnten viele neue Impulse gewonnen werden.

Frau Mönke erklärte, dass es auf Grund einer konkreten Presseanfrage nach dem Hauptausschuss zu einer Berichterstattung zu möglichen Kostenfolgen der KiTa-Reform in den Medien kam, bevor die Gremien über den Stand informiert werden konnten. Leider war eine vorzeitige Information des Jugendhilfeausschusses daher nicht möglich.

Das Modellprojekt in Bordesholm zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der politischen Arbeit ist gut angelaufen. Die Erfahrungen können von anderen

Städten und Gemeinden genutzt werden und sollen dem Kreis Anhaltspunkte für eigene Verfahren und Instrumente geben.

zu 4 Bericht über die Umsetzung von Beschlüssen VO/2019/039

Der Bericht wurde von den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis genommen. Frau Mönke ergänzte, dass ein erneutes Interessenbekundungsverfahren zur Gründung eines Familienzentrums bis zum 16.10.2019 lief.

zu 5 Budgetbericht FB 3 VO/2019/052

Herr Voerste erläuterte den Bericht und beantwortete auftretende Fragen dazu.

*zu Protokoll: zur Frage von Herrn Wulf, ob die Zahlen in der Grafik „Anzahl der Hilfen zur Erziehung, Mj/Vj“ korrekt seien :
Die Zahlen in der Grafik sind auch nach erneuter Überprüfung korrekt, auch wenn der Kurvenverlauf missverständlich ist.*

zu 6 Projektauftrag Bildungsmanagement/Bildungsmonitoring VO/2019/053

Herr Voerste stellte Frau Pamela Welz als Bildungsmanagerin vor. Frau Welz gab einen Einblick in ihren beruflichen Werdegang und umriss die Ziele ihrer Tätigkeit, die sich zunächst auf Kinder im Alter von 0 -10 Jahren konzentrieren wird. Zunächst werden Strukturdaten gesammelt zur Abbildung der Bildungslandschaft im Kreisgebiet. Eine Bildungskonferenz ist in Vorbereitung. Auf Wunsch wird regelmäßig über das Projekt „Bildung integriert“ im Ausschuss berichtet.

zu 7 Kita-Reform 2020 - Umsetzungserfordernisse VO/2019/055

Frau Mönke stellte die Präsentation (siehe Anlage) zur Kita-Reform vor und hob hervor, dass es sich bei den Zahlen und Planungen um Entwürfe und Prognosen handle. Es fand eine rege Diskussion zu auftretenden Fragen und Problemen statt. Frau Mönke betonte, dass die Reform das System vor große Herausforderungen stelle und die gut gelebte Zusammenarbeit zwischen Kreis und Kommunen unbedingt aufrecht zu erhalten sei.

zu 8 Straßensozialarbeit im Wirtschaftsraum Rendsburg (Streetwork-Projekt) VO/2019/056

Die Beschlussvorlage wurde durch Frau Mönke erläutert. Zur Abstimmung erklärt sich Frau Hannah Ashmann für Befangen und verlässt den Raum.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, das Streetwork-Projekt Rendsburg für weitere 3 Jahre bis zum 31.12.2022 zu verlängern. Eine Beteiligung aller beteiligten Städte und Gemeinden wird durch die vorliegenden Erklärungen vorausgesetzt.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den zusätzlichen Bedarf des Projektes für die besondere Gruppe der „Jungen Wilden“ ergänzend

anteilig nach Maßgabe der bisherigen quotalen Verteilung mit einem Anteil von 17.460 € zu fördern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

zu 9 **Zusätzlicher Personalaufwand in Folge der Umsetzung VO/2019/059 des Gesetzes zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren ab 01.01.2020**

Die Mitglieder des Ausschusses signalisieren vorbehaltlich des Haushaltes für das Jahr 2020 ihre Zustimmung zur Neuschaffung von 2,5 Stellen im Bereich des JSD zur Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren.

zu 10 **Steuerungsrelevante Handlungsfelder im Jugend- und Sozialdienst - Strategische Planung als Konsequenz der Organisationsuntersuchung VO/2019/061**

Zur Vertiefung dieses Themas wird es eine Klausurtagung des Jugendhilfeausschusses am 08.11.19 um 15.00 Uhr in der Jugendherberge Westensee geben (Einladung folgt).

Die Vorsitzende erteilte Herrn Ocvirk, Leiter der „Familienhorizonte“ als Gast das Wort. Er stellte die Rolle von KiT 42 als Teil der „Familienhorizonte“ heraus und berichtete von der besonderen Rolle dieses Trägers in der Zusammenarbeit mit dem JSD in der Vergangenheit. Herr Voerste betonte, dass die Notwendigkeit der Neuordnung keine Kritik an der Zusammenarbeit mit Familienhorizonte/KiT42 beinhalte. Die gute Zusammenarbeit solle fortgeführt werden. Wichtig sei, dass der Erstkontakt mit dem JSD erfolge, um eine zielgerichtete Hilfeplanung zu gewährleisten.

zu 11 **Änderungen im Kindertagesstättenbedarfsplan VO/2019/046**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Änderungen in der Kindertagesstättenbedarfsplanung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

zu 12 **Verschiedenes**

Frau Wegener erinnerte an den Termin zur Ausstellungseröffnung „Zero“ am 21.09.19 im Kreishaus und stellte die Flyer zur Verfügung. Das Thema wurde bereits in einem Artikel in der Landeszeitung aufgegriffen. Die Öffentlichkeit soll für die Problematik von Alkohol während der Schwangerschaft sensibilisiert werden.

Frau Nielsen gab die Sitzungstermine des Ausschusses für 2020 bekannt.

Mittwochs um 17.00 Uhr am

19.02. 27.05. 24.06.(Bedarfstermin) 09.09. 18.11.

Herr Daniel Krieger- Bratke hat seine Unterlagen zu dieser Sitzung nur per Mail erhalten. Er möchte sie weiterhin auf dem Postweg zugestellt bekommen.

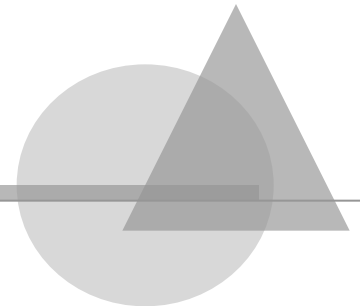
Beate Nielsen
Vorsitz

Heike Krause
Protokollführung

Zum Stand der „Kita-Reform“

Jugendhilfeausschuss

11.09.2019



Finanzierung der Kindertagesbetreuung im Land S-H

- Pauschalfinanzierung nach SQKM
- Das neue Finanzierungsmodell des Landes / Übergangsmodell
- 5-Schritt-Berechnung als Auswirkung vor Ort
- Finanzielle Risiken – Prognosen
- Zusammenarbeit Kommunen und Kreis in Rendsburg-Eckernförde
 - Was können wir noch tun, um „nachzusteuern“?
 - Was geben wir unseren Gemeinden an die Hand?
 - Wie gehen wir mit den möglichen Folgen um?
 - Welche Abstimmungen können mit dem Kreis vorgenommen werden um die besten Lösungen zu erreichen?



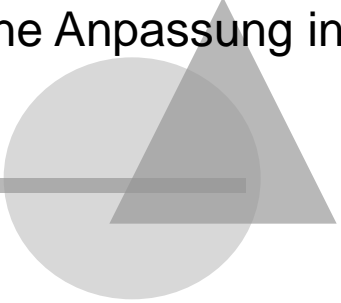
Finanzierung der Kindertagesbetreuung im Land S-H

Mit dem SQKM – Modell soll die Standardqualität beschrieben werden.

Der Übergangszeitraum (NEU Ende 2024) soll dazu dienen die Kosten an den Standard anzupassen.

BASIS war ein Rechnungstool des Städtetages

ACHTUNG:

- Anpassung des „Standard“ durch das Land ohne Rückkoppelung
 - Eine Aufstellung was final jetzt im SQKM steckt - fehlt trotz **mehrfacher** Anforderung
 - Personalkosten ohne VBL
 - Fachberatung, Qualitätssicherung, Sprachförderung etc. wurden ohne Anpassung in das SQKM übernommen.
-
- 

Land

- Festlegung der SQKM-Standards

Wohngemeinden

Verbleibender
Finanzierungsanteil
nach Abzug
Elternbeiträge und
Kommunalanteil am
SQKM

Begrenzter
Finanzierungs-
anteil am SQKM
(max. Prozentsatz)

Übergangsmodell

Finanzierungsanteile pro
betreutes Kind nach SQKM

Eltern

- Wählen Betreuungsumfang,
-ort und Angebot aus
- Gestalten Erziehung
gemeinsam mit den
Einrichtungen

Kreis

- Bedarfsplanung
- Aufsicht SQKM-Standards
- Rechtsanspruchserfüllung
- Sozialstaffel
- Heimaufsicht
- Leerstandskosten

Standortgemeinde

- Bedarfsermittlung
- maßgebliche Mitwirkung an
der Bedarfsplanung
- Trägersauswahl, ggf. eigene
Trägerschaft
- Finanzierungsvereinbarung
mit Träger

Pauschale,
gruppen-
bezogene
Förderung
nach SQKM
inkl.
Kreisanteile
(Leerstands-
kosten)

Gebündelte, individuelle Förderung durch
Einzelvereinbarung bei Ausweisung SQKM-Kosten,
Kosten durch Strukturnachteile und ergänzende
Angebote sowie Trägeranteile

gedeckelte
Elternbeiträge,
anzurechnen im
SQKM

Träger

Land

- Festlegung der SQKM-Standards

Wohngemeinden

Ziellösungsmodell

Verbleibender
Finanzierungsanteil
nach Abzug
Elternbeiträge und
Kommunalanteil am
SQKM

Begrenzter
Finanzierungs-
anteil am SQKM
(max. Prozentsatz)

Finanzierungsanteile pro
betreutes Kind nach SQKM

Eltern

- Wählen Betreuungsumfang,
-ort und Angebot aus
- Gestalten Erziehung
gemeinsam mit den
Einrichtungen

Kreis

- Bedarfsplanung
- Aufsicht SQKM-Standards
- Rechtsanspruchserfüllung
- Sozialstaffel
- Ausgleich für
Strukturnachteile und
Leerstandskosten

Standortgemeinde

- Bedarfsermittlung
- maßgebliche Mitwirkung an
der Bedarfsplanung
- Trägersauswahl, ggf. eigene
Trägerschaft
- Finanzierungsvereinbarung
mit Träger

gedeckelte
Elternbeiträge,
anzurechnen im
SQKM

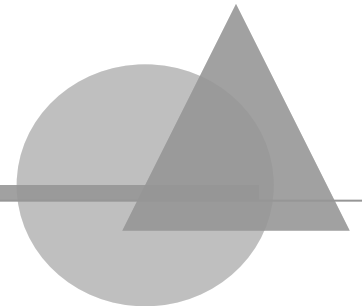
Pauschale Förderung nach
SQKM inklusive
Strukturausgleiche und
Leerstandskosten

Ergänzende Förderung durch
Einzelvereinbarung für
Angebote jenseits des SQKM

Träger

5-Schritt-Berechnung

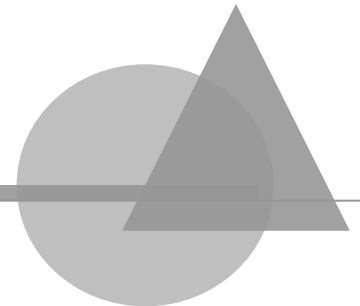
1. Ermittlung des neuen Förderbetrages
2. Wohnsitzabgabe
3. Elterneinnahme
4. Betriebskostenprognose/ Konvergenzkosten
5. Tagespflegewohnsitzabgabe



5-Schritt-Berechnung und Auswirkungen

1. Ermittlung des neuen Förderbetrages - OBJEKTBEZOGEN

- Gruppenart (höhere Auswahl nutzen) und tägliche Öffnungszeiten (Auswahl eingrenzen)
- Schließzeit: Ausfallzeiten wirken sich auf Förderung aus, nicht auf Elternbeiträge
- Nur Gruppenförderungen sind betriebswirtschaftlich sinnvoll
- Randzeitengruppen sind ohne Vollbelegung völlig unterfinanziert



2. Wohnsitzabgabe - SUBJEKTBEZOGEN

Vorsicht!!!: Für den Vergleich ist der Stichtag der Erhebung maßgeblich (Durchschnitt?)

Gesetzentwurf

...zum 15. eines Monats tatsächliche Betreuung

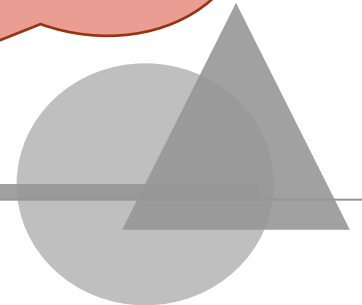
ABER: SGB VIII -Vorhaltung von Plätzen,
-altersgerechte Förderung



Leer-
stand?
??



Qualität
???



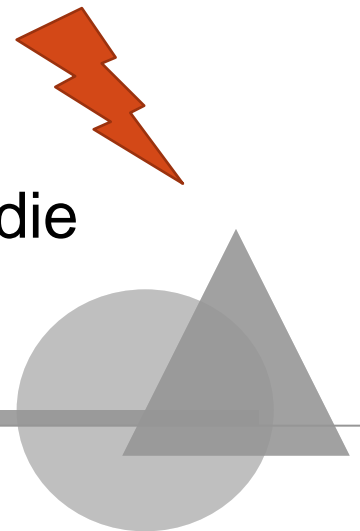
3. Elterneinnahme

Vergleich:

- ggf. Einnahmeverlust Altregelung
- Auslastungsquote Durchschnittsbelegung

- Konsequenz in der Übergangsphase
Gemeinde/Träger zahlt zusätzliches Defizit

- Im Zielmodell: Kreis trägt die Kosten und damit die Gemeinden über die **Kreisumlage.**
- **Jährlich umfangreiche Verhandlungen vor Ort!!**



5-Schritt-Berechnung der Auswirkung SHGT 110/19

4. Betriebskostenprognose

Basis könnte die Jahresrechnung 18 darstellen

Konvergenzkosten

Personalschlüssel anpassen

Gruppenbetreuungszeiten,

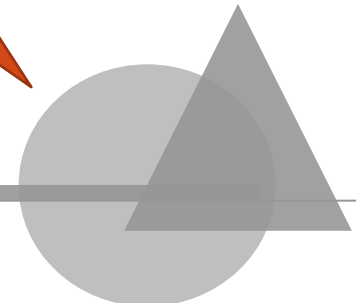
Vorbereitungszeiten,

Leistungszeiten,

Ausfallzeiten

(weder für Vorbereitung noch Leistungszeit gegenfinanziert)

Wie kommen wir von ggf. bereits gelebten Standards wieder runter?



5. Tagespflegewohnsitzabgabe

NEU

Die Gemeinden beteiligen sich an den Kosten der Tagespflege nicht nur freiwillig, sondern anteilig nach KiTaG (über das SQKM).

Interessant:

Landesberechnung sieht für U3 und Ü3 gleich hohe Belastung vor.

Geklärt:

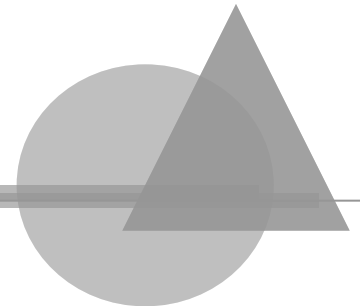
Leerstandskosten in der Tagespflege sind nicht vorgesehen.

Einsparung beim Kreis – Mehrbelastung bei Wohnortkommunen!



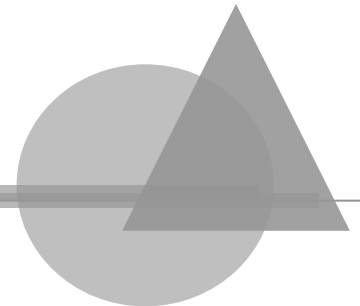
Risiken des neuen Modells:

- Entlastung der Kommunen wird nicht erreicht
- Unkalkulierbare Finanzierungsrisiken
- Auswirkungen auf die Kreisumlage
- Das System wird komplizierter
- Planungssicherheit? Weiterer Ausbau?
- Qualität muss teilweise abgesenkt werden
- Verwaltungsaufwand steigt mutmaßlich
 - **Prognose Kreis RD: 248.000 - 370.000 €**



Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Kreis in Rendsburg-Eckernförde

- Was können wir noch tun, um intern „nachzusteuern“?
 - Versuch **Transparenz** zu erzeugen
- Was geben wir unseren Gemeinden an die Hand?
 - leider komplexe Vorlagen
- Wie gehen wir mit den möglichen Folgen um?
 - **gemeinsam gestalten**, nicht aufgeben.
- Welche Abstimmungen können vorgenommen werden
 - **bestmögliche** Lösungen erreichen



Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Kreis in Rendsburg-Eckernförde

- Was können wir noch tun, um „nachzusteuern“?
- Wie gehen wir mit den möglichen Folgen um?

nachsteuern

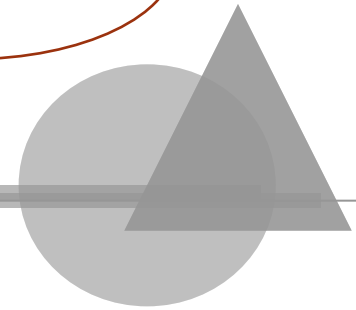
**Stärken
nutzen**

gemeinsam

Herausforderung

Aufmerksamkeit

kooperativ



Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Kreis in Rendsburg-Eckernförde

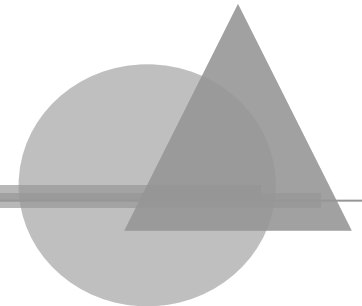
Kita-Reform: Umsetzung im Kreis Rendsburg-Eckernförde Vereinbarungen mit dem Vorstand des Gemeindetages

EILIGER Auftrag  mittelfristiger Auftrag  entspannter Auftrag 

Thema | bisherige Lösung | Übergangsphase | Neuregelung | Ideen zur Umsetzung

Themen

- ✓ Bedarfsplanung/ Anmeldung des Bedarfs
- ✓ Verhandlungen mit freien Trägern
- ✓ Handling Auszahlung der Zuschüsse
- ✓ Definition Strukturausgleiche
- ✓ Ergänzende Förderung
- ✓ Ausbau Betreuungsangebote
- ✓ Tagespflege
- ✓ Datenbank



Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Kreis in Rendsburg-Eckernförde

**Auszug = 4 Seiten
A 3
Handlungsbedarf**

EILIGER Auftrag

mittelfristiger Auftrag

entspannter Auftrag

Thema	Bisherige Regelung	Aktuelle Umsetzung im Kreis	Übergangphase	Neuregelung	Ideen zur Umsetzung im Kreis	Offene Fragen/ Klärungsbedarf
Bedarfsplanung	Zuständig nach dem SGB VIII ist der Kreis als örtlicher Träger der Jugendhilfe. Nach dem KitaG <u>gemeinsam</u> (die Kommunen unterstützen die Bedarfsplanung des Kreises).	Gemeinden erheben Bedarfe eigenständig und melden diese an den Kreis. Der JHA beschließt nur formal die Änderungen zum Bedarfsplan. Der Kreis führt den Gesamtplan zusammen und prüft lediglich die Plausibilität. Die Gemeinden setzen den Bedarf um nach dem Motto „Wer bestellt – bezahlt“.	Der Kreis ist verantwortlich. Das „Bestellerprinzip“ bleibt durch die Restkostenverantwortung der Gemeinden bestehen. Übungsphase: Monatlich (immer aktuell) sind Zahlen zu erheben und anzupassen. <u>Zweigeteilte</u> Bedarfsplanung: 1) Platzangebot 2) Trägersauswahl <u>Finanzierungsfolgen:</u> • Das Defizit zwischen subjekt- und objektbezogener Förderung trägt der Kreis. • Fehlende Elternbeiträge tragen die Träger. • Konvergenzkosten tragen die Gemeinden.	Der Kreis ist verantwortlich. Das Bestellerprinzip fällt unmittelbar weg. Restkostenverantwortung der Gemeinde besteht nicht mehr. <u>Zweigeteilte</u> Bedarfsplanung: 1) Platzangebot 2) Trägersauswahl <u>Finanzierungsfolgen:</u> • Das Defizit zwischen subjekt- und objektbezogener Förderung trägt der Kreis. • Fehlende Elternbeiträge tragen die Träger. • Konvergenzkosten für nicht gelungenen Transfer auf SQKM sind nicht geklärt. • Gemeinden können über den Standard Bedarfe ermitteln und auch finanzieren. • Auch der Kreis kann ergänzende Schwerpunkte setzen und fördern.	<ul style="list-style-type: none"> ➢ Monatliche Fortschreibung des Bedarfsplans durch den Kreis wird notwendig. ➢ Die Planungsdaten liegen bisher nicht vor. ➢ Kreisweite Regelungen zur Bedarfsplanung werden notwendig (<u>gleichartige</u> Kriterien). ➢ Transparente Richtlinien/ Arbeits-hilfen, ➢ Fehlbelegungen müssen Konsequenzen haben. Vereinbarungen zum Umgang. ➢ Abstimmungs-gremium Kreis/ Gemeinden. ➢ Überregionale Bedarfsplanung zur Bedarfsdeckung. ➢ Personalbedarf beim Kreis. 	<p>Konkurrenz als Risiko.</p> <p>Gibt es noch kommunale Entscheidungs-kompetenz in den Gemeinden?</p> <p>Demografische Entwicklung im Kontext von konkreter Planung vor Ort (städtebaurechl. Entwicklung).</p> <p>Betreuungsquotenentwicklung ist unklar durch gedeckelten Elternbeitrag, Sozialstaffelausweitung und Wunsch- und Wahlrecht.</p> <p>Zeitliches und finanzielles Risiko für die kommunale Familie.</p>
Anmeldung des Bedarfs	SGB VIII: Anspruch richtet sich gegen den örtlichen Träger der Jugendhilfe = Kreis. KitaG: Gewährleistungspflicht liegt bei den Kommunen. Anzeige mindestens 3 Monate vorher (Rechtssprechung)	Regional unterschiedlich. Anmeldung beim Amt/ Gemeinde oder sogar in den Kitas. Doppelanmeldungen als Risiko. Meldung beim Kreis, wenn kein bedarfsgerechter Platz vorhanden ist. Überregionale Unterstützung.	Anmeldung über Kita-Datenbank oder durch Vorsprache in der Kita, die die Anmeldung in der Datenbank erfassen soll.	Anmeldung über Kita-Datenbank als Vorgabe.	<p>Steuerung weiterhin vor Ort.</p> <p>Bereitstellung der Struktur durch den Kreis.</p> <p>Formale Anmeldung/ Anzeige des Bedarfs ist notwendig (Geltendmachung des Rechtsanspruches).</p> <p>Verlagerung des Aufwandes (IT Erfassung) in die Kitas = neue Aufgabe zu Lasten der pädagogischen Arbeit.</p> <p>Aufnahmekriterien müssen einheitlich definiert werden.</p>	<p>Tatsächliche Nutzbarkeit der Datenbank.</p> <p>Schnittstelle zu vorhandener IT-Struktur.</p> <p>Nutzung durch die Tagespflege ist unklar.</p> <p>Rechtswirkung der online-Anmeldung.</p> <p>Wie kann die Platzvergabe gesteuert (Vorrang gemeindeeigener Kinder vor Wunsch- und Wahlrecht).</p>



Finanzielle Risiken im Kontext der Kita-Reform

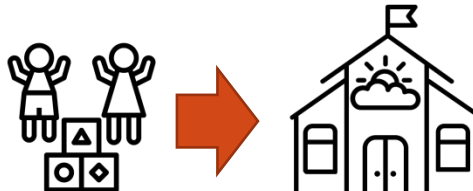
Personalmehraufwand



Created by Wilson Joseph
from Noun Project

370 T€

Differenz aus
Subjekt-/ Objektförderung



Created by Masaru Kawaguchi
from Noun Project

Created by Maria Kilitsina
from Noun Project

2,9 Mio. €

Sozialstaffel-
Zunahme der
Anspruchsberechtigten



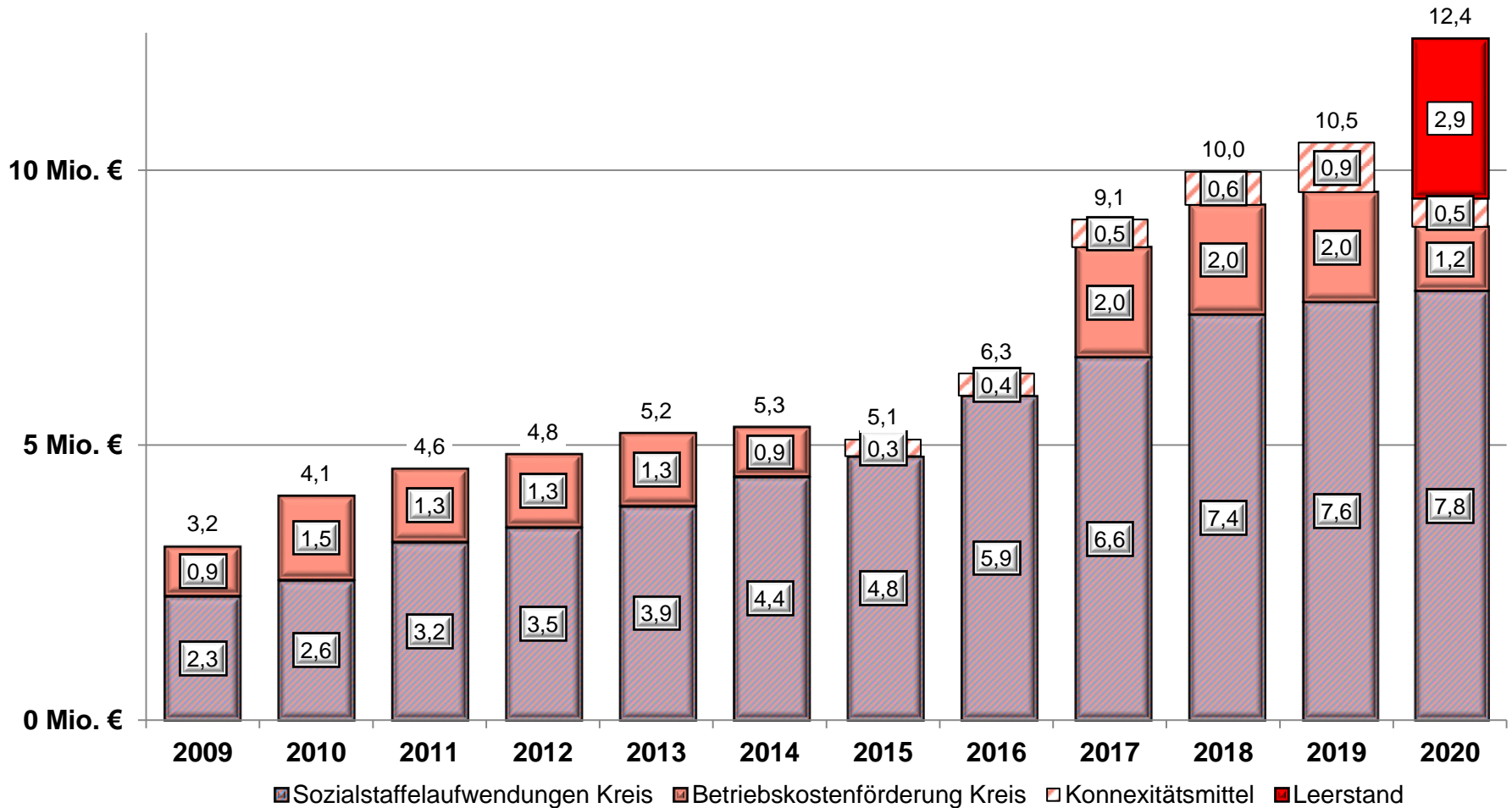
Created by Gregor Cresnar
from Noun Project

7,8 Mio. €

Prognose.....

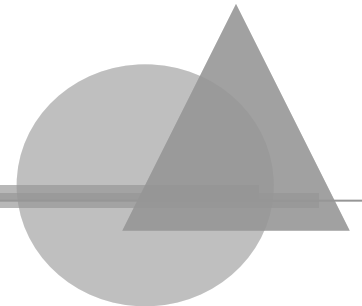
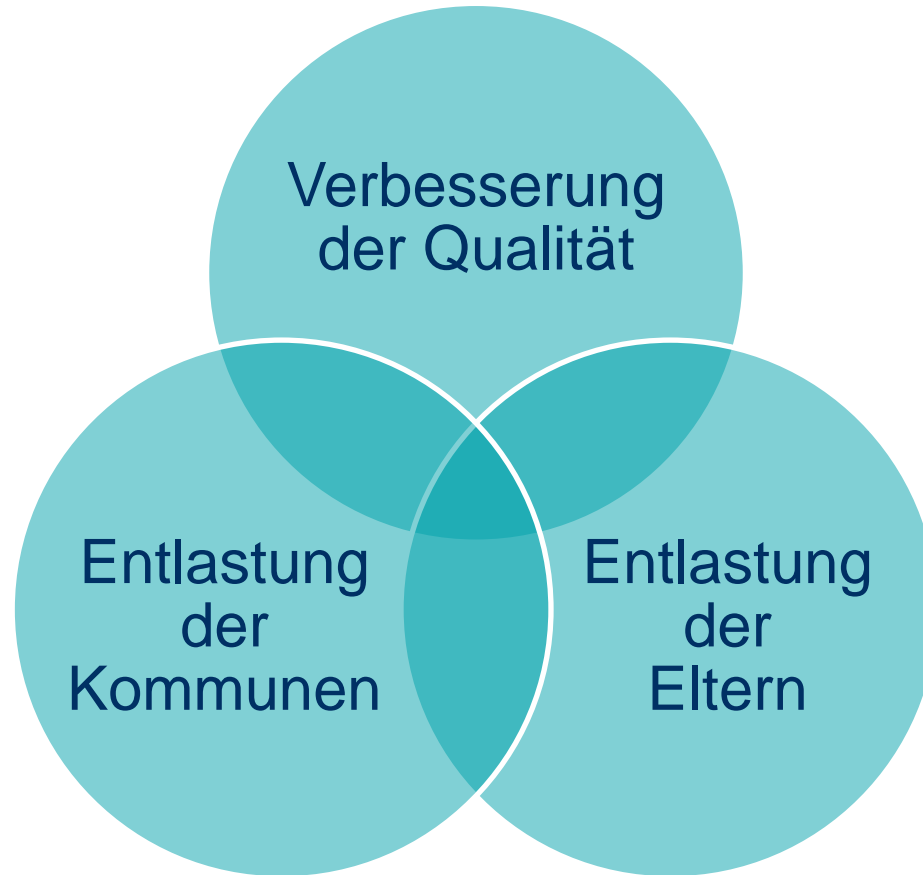


Finanzierung des laufenden Betriebes der Kindertagesstätten



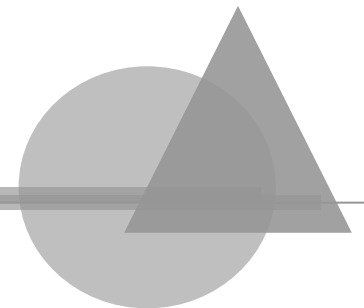
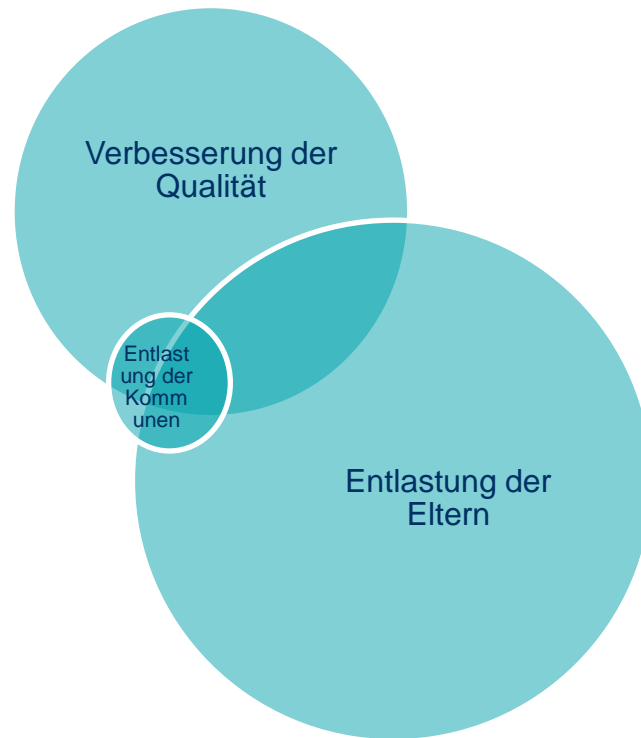
Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Kreis in Rendsburg-Eckernförde

Ziele des Reformprozesses aus dem Landesprozess:



Finanzierung der Kindertagesbetreuung im Land

Zielerreichung aktuell?



...

Zeit für Ihre Fragen...



**Danke für Ihre
Aufmerksamkeit!!**

